

Verband warnt: Wegfall des Splittings verstärkt Trend zur Individualisierung

Abschaffung des Splittings gefährdet damit Zusammenhalt und Krisenfestigkeit der Gesellschaft

Weimar. Der Vorschlag des Finanzministers zur Abschaffung des Ehegattensplittings für künftige Ehe eröffnet eine zentrale gesellschafts- und finanzpolitische Debatte, die weit über steuerliche Detailfragen hinausreicht. Langfristig geht es dabei um die Frage nach den wirtschaftlichen Folgen staatlicher Entscheidungen und den daraus resultierenden Leistungsansprüchen der Bürger gegenüber dem Staat.

Die aktuell diskutierte Abschaffung betrachtet der Verband mit erheblicher Skepsis. „Sie bedeutet nicht nur eine steuerpolitische Neuausrichtung, sondern setzt zugleich ein gesellschaftspolitisches Signal. Statt stabile, langfristig angelegte Lebens- und Verantwortungsgemeinschaften zu fördern, wird die Tendenz zur Individualisierung weiter verstärkt“, sagt Konrad.

Dabei haben die Pandemiejahre eindrucksvoll gezeigt, wie unverzichtbar tragfähige soziale Strukturen sind. Die Ehe ist in diesem Zusammenhang weit mehr als ein bloßes steuerliches Instrument: Sie stellt eine verlässliche, rechtlich abgesicherte Gemeinschaft gegenseitiger Verantwortung und Unterstützung dar. Konrad sagt: „In Zeiten der Krisen erweist sich ein solcher Zusammenhalt als wesentliche Grundlage gesellschaftlicher Stabilität. In Ehe und Familie entsteht jene Resilienz, auf die unsere Gesellschaft gerade in den nächsten Jahren mehr denn je angewiesen sein wird.“

Auch die finanzpolitischen Folgen einer Abschaffung des Splittings verdienen größere Aufmerksamkeit. Das bestehende System basiert auf dem Prinzip, dass Ehepartner zunächst füreinander, etwa im Krankheits- oder Pflegefall oder bei Arbeitslosigkeit eines Partners eintreten. Die private Verantwortungsgemeinschaft entlastet den Staat. Wird die Attraktivität der Ehe jedoch geschwächt, besteht die Gefahr, dass diese entlastende Funktion zunehmend entfällt. In der Konsequenz werden staatliche Leistungen häufiger und umfassender in Anspruch genommen werden.

Der Verband betont: „Angesichts einer alternden Gesellschaft und wachsender Anforderungen an das Sozial- und Pflegesystem erscheint es daher kurzsichtig, ein Instrument infrage zu stellen, das nicht nur individuelle Lebensentscheidungen beeinflusst, sondern auch eine wichtige stabilisierende Wirkung auf die öffentlichen Haushalte hat.“

Die geplante Abschaffung des Ehegattensplittings birgt somit das Risiko, sowohl den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen als auch langfristig höhere staatliche Ausgaben zu verursachen. Eine nachhaltige Politik sollte darauf abzielen, funktionierende soziale Strukturen zu stärken, anstatt sie durch steuerpolitische Maßnahmen indirekt zu unterminieren.

Über den Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. Der Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. (KRFT) vertritt ca. 30.000 kinderreiche Familien in Thüringen und setzt sich in Politik, Wirtschaft und Medien für ihre Interessen ein. Der Verband versteht sich als Netzwerk von Mehrkindefamilien, die sich untereinander unterstützen und die Öffentlichkeit für ihre Anliegen erreichen wollen. Der Verband ist konfessionell ungebunden und überparteilich.